

Regierung – Kabinett beschließt Tarifreuegesetz

## Rote Karte für Billiglöhne

STUTT GART. Die grün-rote Landesregierung hat ein Tarifreuegesetz gegen Dumpinglöhne auf den Weg gebracht. Danach sollen nur noch Unternehmen Aufträge von Land und Kommunen bekommen, die Tariflöhne zahlen. »Ein billiger Jakob, der sich nicht an gültige Tarifverträge hält, ist nicht der günstigste Anbieter«, so Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) nach der Sitzung des Landeskabinetts. Baden-Württemberg sei mit diesem Gesetz »Nachzügler«. Nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) haben zehn andere Bundesländer bereits ein Tarifreuegesetz.

### Mindestlohn von 8,50 Euro

Schmid und Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) erklärten, von einem solchen Gesetz profitierten nicht nur Beschäftigte, sondern auch kleinere und mittlere Unternehmen, die sich nicht mehr gegen Billigkonkurrenz behaupten müssten. Der grün-rote Entwurf sieht einen Mindestlohn von 8,50 Euro als Untergrenze vor. Solange die schwarz-gelbe Bundesregierung keinen flächendeckenden Mindestlohn einführe, müssten die Länder Beschäftigte so gut wie möglich vor Lohndumping zu schützen. Das Tarifreuegesetz soll spätestens 2013 in Kraft treten.

DGB-Landeschef Nikolaus Landgraf freute sich über den »großen Fortschritt« im Kampf gegen Lohndumping. »Die Zeiten, in denen Gewinnmaximierung alles und gerechte Löhne und gute Arbeit ein Hindernis sind, sind hoffentlich bald vorbei – nicht nur bei öffentlichen Aufträgen«, sagte Landgraf. Verdi-Betriebsleiterin Leni Breymaier sprach von einem »wichtigen Puzzelstück guter Arbeit«. Sie will sich allerdings im Anhörungsverfahren für Regelungen starkmachen, die soziale Standards und Gesundheitsschutz bei der Auftragsvergabe berücksichtigen.

Die FDP hält das Gesetz dagegen für überflüssig und schädlich. »Die grün-rote Landesregierung nimmt in Kauf, dass Arbeitsplätze für die Geringqualifizierten vernichtet werden.« Es gebe außerdem ausreichende europarechtliche Regelungen. Auch in der Wirtschaft wird das Vorhaben skeptisch gesehen, da sich einige Branchen bereits auf Mindestlöhne geeinigt haben. (dpa)

### IN KÜRZE

#### Gymnasium profitiert am meisten

STUTT GART. Das Gymnasium profitiert am stärksten vom Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung: Landesweit werden zum kommenden Schuljahr 44,1 Prozent der Grundschulabgänger auf das Gymnasium wechseln, das sind 4,3 Punkte mehr als im Vorjahr, teilte das Kultusministerium mit. Auf die Realschule entfällt ein Anteil von 39,1 Prozent, das sind 3,9 Punkte mehr. Die Verlierer sind die Haupt- und Werkrealschulen mit 16,8 Prozent, das ist ein Minus von 8,2 Punkten. Die Ministerin sagte, dies zeige, dass sich der Trend zum Realschulabschluss trotz der guten und engagierten Arbeit der Lehrer an Hauptschulen nicht aufhalten lasse. (dpa)

#### Feuer zerstört Firmenhalle

REMSHALDEN. Bei einem Brand in einer Firmenhalle in Remshalden (Rems-Murr-Kreis) ist am Montagabend ein Schaden von mehreren Millionen Euro entstanden. Das Feuer war aus zunächst unklarer Ursache in einer Halle mit hochwertigen Produktionsmaschinen ausgebrochen, berichtete ein Polizeisprecher. Das Gebäude brannte völlig aus. Am späten Abend hatte die Feuerwehr den Brand gelöscht. Verletzt wurde nach ersten Erkenntnissen niemand. (dpa)

#### Mehr Hantavirus-Erkrankungen

STUTT GART. Die Erkrankungen durch Hantaviren haben in Baden-Württemberg ein neues Rekordniveau erreicht. »Wir sind mit 600 Fällen seit Jahresbeginn weit über den Zahlen der Epidemiejahre 2007 und 2010«, sagte Peter Zaar, Sprecher des Landesgesundheitsamtes. 2007 wurden im Vergleichszeitraum 171 Fälle gemeldet, 2010 waren es 288. (dpa)

## Mehr Geld für Denkmäler

STUTT GART. Das Finanzministerium gibt rund sechs Millionen Euro an den Denkmalschutz im Südwesten weiter. Das Geld für die zunächst knapp 200 Vorhaben im Land stamme aus den Erlösen der Staatlichen Toto-Lotto-Gesellschaft Baden-Württemberg, teilte Staatssekretär Ingo Rust in

Stuttgart mit. Neben diesen ersten Zahlungen seien weitere Fördermittel für 2012 in Aussicht gestellt, hieß es.

Von den sechs Millionen fließt laut Stuttgarter Ministerium fast die Hälfte in kirchliche Vorhaben, knapp ein Drittel in private und der Rest in kommunale Projekte. (dpa)

## Minister will Hygiene-Kurs für Wirte

STUTT GART. Verbraucher-schutzminister Alexander Bonde (Grüne) will Wirte mit mehr Wissen in Sachen Hygiene. Dafür solle ein entsprechender qualifizierter Sachkundenachweis sorgen, sagte Bonde. Es müsse verhindert werden, »dass mangelhaft ausgebildete Anbieter Zugang zum Führen eines

Lebensmittelbetriebes haben, wie es bisher leider gelegentlich der Fall ist.« Gerade bei Quereinsteigern und im Bereich des schnell wechselnden Gastroangebots käme es immer wieder zu Verstößen, die über das übliche Maß hinausgingen.

Nach Bondes Vorstellungen sollen alle, die nicht über eine

einschlägige Ausbildung im Lebensmittelbereich verfügen, einen Kurs besuchen, in dem sie beispielsweise den hygienisch einwandfreien Umgang mit Lebensmitteln und rechtliche Grundregeln lernen. Eine Prüfung entscheide darüber, ob die Teilnehmer eine Gaststätte führen dürfen. (dpa)

Parteien – SPD-Parteichef weist den Fraktionsvorsitzenden im Streit um die Steuerverwaltung in die Schranken

# Schmid bremst Schmiedel aus

VON HENNING OTTE

STUTT GART. SPD-Finanzminister Nils Schmid hat seinen Parteifreund und Fraktionschef Claus Schmiedel in der Diskussion um die Übernahme der Steuerverwaltung durch den Bund ungewöhnlich scharf ausgebremst. »Die Landesregierung hat nicht vor, eine Bundessteuerverwaltung zu unterstützen«, sagte Schmid in Stuttgart. »Der Vorschlag hilft in unseren Haushaltsnöten nicht weiter.« Es sei »illusorisch« zu glauben, der Bund zahle noch etwas dafür, dass er die Steuerbeamten der Länder übernehmen könne. Auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) verwies darauf, dass der Vorschlag bereits zweimal in der Föderalismuskommission durchgefallen sei.

### Vorschlag nicht abgestimmt

Minister Schmid erklärte, Schmiedel habe den Vorschlag weder mit ihm noch mit der Landtagsfraktion abgestimmt. Der SPD-Vorsitzende kritisierte, Schmiedel habe mit diesem Vorschlag die Steuerbeamten verunsichert. Diese fragten sich womöglich jetzt, ob sie demnächst in »Plauen, Flensburg oder Wanne-Eickel« arbeiten müssten. Schmiedel hatte am Wochenende angeregt, der Bund könne die Steuerverwaltung übernehmen, da er sowieso 99 Prozent der Steuern erhebe. Es wäre ein »großer Befreiungsakt«, wenn das Land die über 10 000 Beschäftigte in der Steuerverwaltung abgeben könne. Zudem müsse der Bund den Ländern ein größeres Stück vom Steuerkuchen abgeben.

Schmid sagte dagegen, der Bund würde im Fall einer Übernahme der Steuerverwaltung eine Entscheidung verlangen. »Irgendjemand müsste die Beamten ja bezahlen. Da würde der Bund die Hand aufhalten.« Der SPD-Vorsitzende



Das gab es lange nicht mehr bei der SPD: Finanzminister Nils Schmid (links) bürstet Fraktionschef Claus Schmiedel ab.

FOTO: DPA

verwies auf den weiteren Nachteil, dass die Länder endgültig von der Diskussion über höhere und niedrigere Steuern abgeschnitten wären. »Die Länder wären dem Bund mit Haut und Haaren ausgeliefert.« Schmid begrüßte es aber, dass der Fraktionschef über Einsparungen nachdenke und nicht über neue Ausgabenwünsche. »Das muss man immerhin dem Herrn Schmiedel lassen.«

Kretschmann sieht für Schmiedels Vorschlag keine Mehrheit bei den Ländern. Eine solche Reform würde aus seiner Sicht das föderale System auf den Kopf stellen. »Ich bin schon froh, wenn wir einen gescheiterten Länderfinanzausgleich hinkriegen.« Unter anderem hatte

der frühere SPD-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (2005 bis 2009) für eine zentrale Steuerverwaltung geworben. Auch Grüne hatten diesen Plan unterstützt. Mit der Bundessteuerverwaltung lassen sich aus ihrer Sicht Steuerbetrug wirksam bekämpfen und eine gerechte und gleichmäßige Besteuerung in allen Bundesländern erreichen.

Die CDU-Opposition forderte die Regierung auf, sich im Zuge der Haushaltskonsolidierung keine »Denkverbote« aufzuerlegen. »Insofern kann man über den Vorschlag des SPD-Fraktionsvorsitzenden nachdenken«, erklärten Fraktionschef Peter Hauk und der Parteivorsitzende Thomas Strobl. Finanzminister

Schmid müsse nun das Einsparpotenzial beziffern.

Schmid kündigte an, dass das Land wieder Geld aus dem kommunalen Finanzausgleich abzweigen will. 2012 hatte das Land 360 Millionen Euro bekommen. »Es wäre sicher zu viel versprochen, wenn wir sagen würden, wir würden das den Kommunen erlassen.« Angesichts des Sparzwangs sehe er nicht, »dass wir das weiter mäßigen können«. Das Land begründet diese Maßnahme damit, dass die Finanzkraft der Städte mitverantwortlich dafür ist, dass Baden-Württemberg beim Länderfinanzausgleich viel Geld an finanzschwächere Bundesländer überweisen muss. (dpa)

Auszeichnung – Markgräfler Gutedel-Gesellschaft honoriert den »kreativen Eigensinn« des Jean-Claude Juncker

## Ein Fass Wein für einen großen Europäer

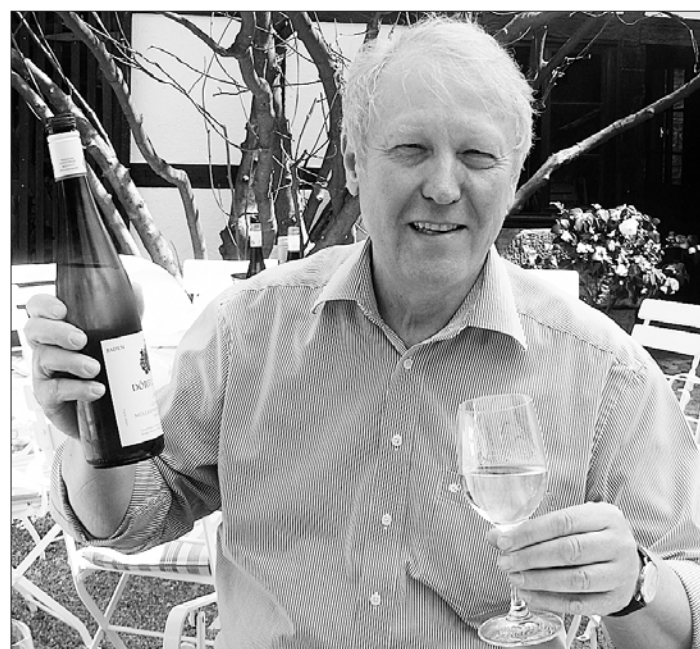
VON OLIVER JIROSCH

MÜLLHEIM. Wenn Hermann Dörflinger, renommierter Winzer aus Müllheim im südbadischen Markgräfler Land, ins Schwärmen gerät, dann in der Regel über Wein im Allgemeinen und Gutedel im Besonderen. In diesem Fall ist der Gegenstand seiner leidenschaftlichen Ausführungen ein ganz anderer. Europa, genauer gesagt das vereinte Europa. »Unser Europa ist ein absoluter Glücksfall für uns, für die Menschen«, sagt er.

»Stellen Sie sich doch vor, mein Vater war Jahrgang 1902, der musste noch auf die Franzosen, unsere Nachbarn schießen. Und jetzt«, sagt er und macht eine Handbewegung, die alle am Tisch Sitzenden umschließt, »hocken wir alle zusammen an einem Tisch. Deutsche, Franzosen, Luxemburger.« Mit schelmischem Lächeln fügt er an: »Sogar ein Schwabe ist dabei.« Doch gleich wird der Winzer wieder ernsthaft. »Das geeinte Europa ist ein Glücksfall«, bekräftigt er, »das Schlimmste, was uns passieren kann: Vielleicht geht mal der Euro kaputt, aber Krieg werden wir untereinander nicht mehr führen.«

### Gutedel für den Dorffrieden

Und weil ein friedliches Europa solch ein hohes Gut ist, bekommt in diesem Jahr ein Mann, der sich um diese Einheit besonders verdient gemacht hat, einen besonderen Preis: Ein Fass Gutedel für Jean-Claude Juncker. Das hat die Markgräfler Gutedel-Gesellschaft, deren Vorsitzender Dörflinger auch ist, im vergangenen Jahr beschlossen. Der Gutedel-



Ist ein großer Fan des Gutedels und des geeinten Europas: Der Markgräfler Winzer Hermann Dörflinger, der am Freitag ein Fass Wein an Jean-Claude Juncker übergeben wird.

FOTO: JIROSCH

Preis wird alljährlich an Personen vergeben, die sich durch »kreativen Eigensinn« im Sinne der Allgemeinheit verdient gemacht haben.

Juncker habe sich als voll und ganz überzeugter Europäer gezeigt und als Ratspräsident wie auch als Chef der Euro-Gruppe immer wieder, wenn Verhandlungen zu scheitern drohten und eine gesamt-europäische Lösung unmöglich schien, einen für alle Beteiligten gangbaren Weg entworfen.

Zu den Preisträgern gehören neben Kabarettisten wie Elke Heidenreich, Dieter Hildebrandt oder Georg Schramm auch Persönlichkeiten wie Kardinal Lehmann, Gesine Schwan oder auch eine ganze Gruppe wie die Schönauer Strom-

rebelln, die als Folge von Tschernobyl ihr eigenes Stromwerk gründeten, um vom Atom-Strom unabhängig zu sein.

Diese Gruppe war bisher der einzige Preisträger, der sich für das 225-Liter-Fass entschieden hat, die anderen nahmen stets 300 Flaschen vom Gutedel, jenes typischen Markgräfler Weins, mit nach Hause. Die Schönauer, in deren Reihen es natürlich auch Unstimmigkeiten gegeben hatte, nutzen den Weißwein für ein friedensstiftendes Dorffest.

Meist geht es bei der Preisverleihung recht lustig zu. Aber eben nur meist. Als der Kabarettist Georg Schramm bei einer Laudatio die Müllheimer Kommunalpolitik samt Bürgermeister aufs Korn genommen hatte, fühlte sich Letzterer so auf

den Schlips getreten, dass er der Gutedel-Gesellschaft keinen Saal mehr zur Verfügung stellte und die Preisverleihung fand fortan im Nachbarort Neuenburg statt.

»Das lässt ja einen tiefen Blick auf den Markgräfler Sinn für Humor zu«, versucht sich der Schwabe am Tisch in einer späten Revanche. Ein Einwurf, den Dörflinger geflissentlich überhört, er berichtet stattdessen von der Sorge in der Gutedel-Gesellschaft, Luxemburgs Premier würde sich gar nicht für den Preis interessieren, denn »ein halbes Jahr, nachdem wir ihm einen sehr freundlichen Brief geschrieben hatten, gab es keine Reaktion von Juncker.«

### Juncker freut sich

Vor ein paar Wochen nun klingelte bei Dörflinger das Telefon. »Ich bin richtig erschrocken, als sich da jemand mit »Juncker« meldete«, berichtet der Winzer. »Aber er war's tatsächlich selber. Keine Sekretärin, kein Vorzimmer. Luxemburgs Regierungschef, gleichzeitig Chef der Euro-Gruppe, rief bei mir an, entschuldigte sich höflich, dass er sich so lange nicht gemeldet habe und betonte, dass er sich aber sehr über diesen Preis freue und persönlich zur Verleihung erscheinen werde.« Naja, schließt Dörflinger seine Ausführungen, »über 225 Liter Gutedel kann man sich auch freuen«. Und das Fass des Markgräfler Vorzeigeweins erhält der Vorzeige-Europäer Jean-Claude Juncker nun am Freitag bei einer Feierstunde. Allerdings nicht am Sitz der Markgräfler Gutedel-Gesellschaft in Müllheim, sondern im Stadthaus zu Neuenburg am Rhein. (GEA)